

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Leif-Erik Holm, Steffen Kotré,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/2545 –

180-Grad-Wende bei Windindustrie und Photovoltaik einleiten

A. Problem

Die Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, der Bundesrechnungshof kritisiere in seinem neusten Bericht unter anderem hohe Stromkosten und fehlende Versorgungssicherheit. Der Ausbau von Windenergieanlagen habe keinen positiven Effekt auf die notwendige Energiesicherheit in Deutschland, da die Rotoren bei einer Windflaute stillstünden. Es sei unklar, wie tages- und jahreszeitliche Wetterchwankungen ausgeglichen werden sollten, wenn die Kohleverstromung ab 2030 abgeschafft werde, die Kernenergie bereits abgeschafft sei und Gaskraftwerke nur in ungenügender Form zur Verfügung stünden.

Es gebe keine bezahlbare und marktfähige Möglichkeit zur Speicherung von Wind- oder Sonnenenergie im erforderlichen Maßstab. Ausgediente oder havarierte Windindustrieanlagen erzeugten ein Müllproblem und der Rückbau von Windindustrieanlagen erzeuge hohe Kosten. Die erneuerbaren Energien könnten ohne Subventionen nicht am Markt bestehen, die Energiewende habe die Stromnetze destabilisiert und Deutschland zu einem Stromimportland gemacht.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/2545 abzulehnen.

Berlin, den 14. Januar 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Lars Rohwer
Berichterstatter

Steffen Kotré
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Lars Rohwer und Steffen Kotré

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/2545** wurde in der 38. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 2025 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion möchte die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern, das Klimaschutzgesetz aufzuheben und den subventionierten Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland zu beenden. Außerdem solle das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 unmittelbar nach dem Auslaufen der letzten Regelungen für bestehende Anlagen vollständig und ersatzlos aufgehoben werden. Auch das Windenergie-auf-See-Gesetz und das Windenergieflächenbedarfsgesetz sollten aufgehoben werden und der EU-Green-Deal sei zu beenden.

Notwendig sei eine bundesweit einheitliche gesetzliche Regelung für den vollständigen Rückbau und die nachhaltige Entsorgung von Wind- und Photovoltaikindustrieanlagen sowie die Einleitung eines sukzessiven Wiedereinstiegs in die Kernenergie.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/2545 in seiner 27. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 21/2545 in seiner 14. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 21/2545 in seiner 22. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 21/2545 in seiner 15. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 21/2545 in seiner 14. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/2545 in seiner 22. Sitzung am 14. Januar 2026 abschließend beraten.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/2545 zu empfehlen.

Berlin, den 14. Januar 2026

Lars Rohwer
Berichtersteller

Steffen Kotré
Berichtersteller

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.